

## Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen

- 1. „Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ weiterentwickeln**  
**Der Aktionsplan muss ab 2025 unter Beteiligung der queeren Vereine fortgeschrieben, weiterentwickelt und finanziell auskömmlich im Haushalt unteretzt werden. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das umgesetzt wird?**

*Wir werden den Landesaktionsplan kontinuierlich weiterentwickeln und fortschreiben und dabei auch den queerpolitischen Beirat als beratendes Gremium beibehalten. Für uns ist dabei wichtig, die bisher laufenden Maßnahmen zu evaluieren und auf Inhalte, Wirkung und Nachhaltigkeit zu überprüfen. Im nächsten Schritt sind die Maßnahmen und Angebote anzupassen und entsprechend auskömmlich zu finanzieren.*

- 2. Sicher leben! Aktiv gegen LSBTIQ\*-Hasskriminalität-Werden Sie dafür sorgen, dass in Bremen die Empfehlungen des AK „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ (BMI) umgesetzt und entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht werden?**

*Wir als CDU Bremen setzen uns für die Sicherheit aller Menschen ein, die in Bremen leben. Selbstverständlich müssen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie andere queere Menschen frei, sicher und selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben können. Wir wollen das Sicherheitsgefühl der Bremer Bevölkerung generell stärken. Um die Straftaten zum Nachteil von LSBTIQ\*-Personen besser bekämpfen zu können, müssen diese Delikte zunächst statistisch erfasst und hierdurch das sogenannte Dunkelfeld aufgehellt werden, damit die passgenauen Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. In welcher Form wir die Maßnahmen des Arbeitskreises unterstützen, können wir seriöser Weise erst beurteilen, wenn die Empfehlungen vorliegen.*

- 3. Regenbogenfamilien stärken-Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Wie wollen Sie dies umsetzen sowie die Förderung von Beratungsangeboten langfristig sicherstellen?**

*Wir halten Sensibilisierung und Schulungen für die Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst, für überaus wichtig, um den dort arbeitenden Menschen die Bedürfnisse und Anforderungen im Umgang mit LSBTQ\*-Personen näher zu bringen. Die Familienberatung in Bremen ist breit und kompetent aufgestellt und deckt aus unserer Sicht eine umfassende Beratung in allen Lebenslagen für alle Familien ab.*

- 4. Respekt und Vielfalt in Bildung & Schule voranbringen-„Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss in Aus- und Fortbildung verankert, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien LSBTIQ\*-inklusiv sein, bei allen, auch bei freien Schulen. Wie wollen Sie das gewährleisten und Beratungsangebote vorhalten?**

*Als CDU Bremen werden wir selbstverständlich dafür Sorge tragen, dass Fragestellungen im Zusammenhang mit sexueller Orientierung, Geschlechtsidentitäten sowie Diversität adressatenspezifisch und alterskonform im Unterricht unserer Schulen im Land Bremen behandelt werden. Hiermit wollen wir dafür Sorge tragen, dass hiesige Schülerinnen und Schüler ein besseres Verständnis und Wissen über sexuelle Orientierungen sowie Geschlechtsidentitäten erlangen. Unser Ziel ist es, die gesellschaftliche Akzeptanz und Toleranz gegenüber LGBTQ\*-Personen zu stärken. Auf dem Weg dorthin werden wir den Schulen und Kollegien auch zukünftig die Möglichkeit eröffnen, externe Akteure mit nachgewiesener hoher Kompetenz und thematischem Sachverstand, wie den Lesben- und*

*Schwulenverband (LSVD) oder beispielsweise das „Rat&Tat-Zentrum“, situativ in ihre Unterrichtsvorbereitung und -ausgestaltung miteinzubinden.*

- 5. Diskriminierungsschutz ausbauen-Werden Sie nach dem Vorbild von Berlin ein Landesantidiskriminierungsgesetz zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt und Respekt auf den Weg bringen und die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) in Bremen auskömmlich finanzieren?**

*In der laufenden Legislatur wurde die Landesantidiskriminierungsstelle auf den Weg gebracht, die jedoch aufgrund von dienstrechtlichen Streitigkeiten bis heute ihren Dienst nicht aufgenommen hat. Angebote und Inanspruchnahme von Beratungen bleiben abzuwarten und sind nach angemessener Zeit einer Evaluation zu unterziehen. Angesichts dieser Entwicklungen und auch der ja schon gegebenen Regelungen des AGG sehen wir derzeit keine Notwendigkeit und Veranlassung, ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg zu bringen.*

- 6. Grundgesetz LSBTIQ\*-inklusiv ausgestalten-Werden Sie im Bundesrat die LSBTIQ\*-inklusive Ergänzung von Art.3, Abs.3 Grundgesetz unterstützen und einen entsprechenden Antrag einbringen?**

*Wir halten die Bestimmungen vom Art.3 Abs.3 Grundgesetz für erschöpfend geregelt. Ein Benachteiligungsverbot hinsichtlich des Geschlechtes umfasst aus unserer Sicht auch LSBTIQ\*-Personen.*

- 7. Für Selbststimmung & Vielfalt im Bundesrat-Werden Sie sich für eine Modernisierung des Familien-/Abstammungsrechts einsetzen, die Regenbogenfamilien absichert und werden Sie für die geschlechtliche Selbstbestimmung von trans\*, nichtbinären und intergeschlechtlichen Menschen im Bundesrat stimmen?**

*Das derzeitige Abstammungsrecht basiert auf der Annahme, dass Kinder nur von einer Mutter und einem Vater abstammen können. Dieser Grundsatz ist jedoch nicht mehr zeitgemäß und nimmt die Vielfalt der Familienformen nicht in den Blick. Das elterliche Sorgerecht oder auch die Erbfolge müssen daher angepasst werden. Wir erachten es für wichtig, dass Regenbogenfamilien dieselben rechtlichen Schutzmaßnahmen erhalten wie andere Familien und wollen ihre Elternschaft ebenso schützen. Ebenso halten wir eine pragmatische Anpassung des Verfahrens zur Änderung des Namens bzw. des Personenstandes von transgeschlechtlichen Menschen für geboten, um dem Eindruck diskriminierender Regeln entgegenzutreten. Die Pläne der Ampel auf Bundesebene gehen aus unserer Sicht aber zum Teil zu weit. Eine voraussetzungslose, jährliche Änderungsmöglichkeit des Geschlechtseintrages und des Vornamens lehnen wir ab.*

- 8. Queeres Leben im Alter fördern-Wie wollen Sie dafür sorgen, dass queere Senior\*innen in Bremen sich in den Einrichtungen der Altenarbeit und -hilfe sicher und wertgeschätzt fühlen und ihre Teilhabe in Senior\*innenvertretungen erhöht wird?**

*LSBTIQ\*-sensible Pflege ist uns wichtig. Die Grundsätze insbesondere der stationären Pflege sind im Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) fest verankert. Danach haben alle Leistungsanbieter die Würde der zu Pflegenden zu achten und dabei ihre kulturelle, religiöse und sprachliche sowie sexuelle Identität zu berücksichtigen. Die staatliche Aufsicht soll durch Regelkontrollen die Einhaltung dieser Grundsätze überprüfen und sichern. Unter der bisherigen Regierung wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Regelkontrollen in der ambulanten und stationären Pflege zu keiner Zeit geleistet. Dies wollen wir ändern und stärker als bisher die Einhaltung menschenwürdiger Pflege einfördern und mit jährlichen unangemeldeten Regelkontrollen überprüfen. Auch über das*

*Thema Pflege hinaus, ist uns die Wertschätzung aller älteren Menschen in allen Lebensbereichen überaus wichtig. Hierzu haben wir im Laufe dieser Legislatur ein umfassendes CDU-Positionspapier „Den Jahren mehr Leben!“ erarbeitet. Wir wollen Seniorinnen und Senioren mehr Möglichkeit der Beteiligung einräumen. Dazu haben wir in unserem Regierungsprogramm vorgesehen, den verstaubten „Altenplan“ ad acta zu legen und einen „Masterplan Seniorenpolitik“ zu erarbeiten. Zudem regen wir ein Landesmitwirkungs-gesetz Senioren an und befürworten ein Landes-Seniorenparlament.*

**9. Diversität in Gesundheitswesen und Pflege fördern-Das Personal in Pflege und Gesundheit muss für den Umgang mit LSBTIQ\* sensibilisiert werden und dies muss in Aus- und Fortbildung fest integriert werden. Trans\*-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen brauchen leichten Zugang zu med. und psychischer Hilfe. Wie wollen Sie das gewährleisten?**

*Alle Menschen haben auch im Land Bremen das Recht auf eine gute medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung und Pflege, egal welches Geschlecht sie haben bzw. welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen. Das gilt selbstverständlich auch für LSBTIQ\* Personen. Die KV Bremen und zudem der Hippokratische Eid jeder Ärztin und jedes Arztes garantieren die Einhaltung ethischer Aspekte für alle Patienten. Der allgemeine Ärztemangel, insbesondere an Fachärzten, ist auch in Bremen längst Realität. Diesem wollen wir begegnen durch eine eigene Medizin-Fakultät im Land, bessere Ausbildung medizinischen Personals. Die stationären Psychiatrieplätze werden wir aufstocken, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen steigt der Bedarf und muss dringend versorgt werden. Auch mit dem zu erwartenden Selbstbestimmungsgesetz werden bundesweit neue Regelungen getroffen, die wir selbstverständlich auch im Land Bremen umsetzen werden.*

**10. Bremen setzt sich für die Menschenrechte von LSBTIQ\* ein. Wie wollen Sie zukünftig die Menschenrechte von LSBTIQ\* in den internationalen Beziehungen des Landes Bremen mitdenken und vor allem auch berücksichtigen?**

*Die gleichen Grundsätze und Maßstäbe, die wir im nationalen Kontext anlegen, werden wir selbstverständlich auch im Rahmen von internationalen Beziehungen anwenden. Zu diesen gehören Verständnis, Einbeziehung der vulnerablen Gruppen, Sensibilisierung und Schulung sowie die Schaffung von Netzwerken für den regelmäßigen Austausch mit LSBTIQ\*-Organisationen.*